

Weniger Raum für Auto und Töff

ZÜRICH. Der motorisierte Individualverkehr muss in Zürich in zehn Jahren um zehn Prozentpunkte abnehmen. Das sei «unrealistisch», sagt die grüne Stadträtin Ruth Genner.

MATTHIAS SCHARRER

Die Weichen in der Stadtzürcher Verkehrspolitik sind seit gestern noch klarer in Richtung Umweltschutz gestellt, als es der rot-grün dominierte Stadtrat und das Stadtparlament wollten. Der Grund: Die Stimmberechtigten haben die von der Umweltorganisation Umverkehr lancierte Städte-Initiative gestern mit einer hauchdünnen Mehrheit angenommen.

Entscheidend war die Stichfrage, nachdem die Volksinitiative knapp und der Gegenvorschlag deutlich das absolute Mehr erreichte. In der Stichfrage erhielt die Volksinitiative von Umverkehr jedoch 50,6 Prozent der Stimmen, der von Parlament und Stadtrat

«Ein weiterer Höhepunkt auf dem Siegeszug der Städte-Initiative»

Thomas Stahel, Geschäftsleiter Umverkehr

gutgeheissene Gegenvorschlag kam auf 49,4 Prozent. Eine Differenz von 639 Stimmen gab am Ende den Ausschlag zugunsten der Städte-Initiative, wobei gut 8000 Stimmberechtigte die Stichfrage offen liessen.

Die Folge: Der Anteil des öffentlichen sowie des Fuss- und Veloverkehrs muss in Zürich innert zehn Jahren um zehn Prozentpunkte steigen. Entsprechend hat der Anteil des motorisierten Individualverkehrs von zuletzt 36 auf 26 Prozent zu sinken.

«Stadt braucht mehr Mut»

Diese fixe Zielvorgabe ist aus Sicht der Zürcher Stadtregierung mit den städtischen Kompetenzen «nicht realisierbar», bekräftigte Stadträtin Ruth Genner (Grüne) gestern vor den Medien. Für einen entsprechenden Umbau des Stadtzürcher Verkehrsregimes müsse nämlich bei den grossen Strassen an-



Nur noch 26 Prozent motorisierter Verkehr: Der Stadtrat glaubt nicht, dass er diesen Volksauftrag umsetzen kann. Bild: key

gesetzt werden. Und für diese ist der bürgerlich dominierte Kanton Zürich zuständig.

«Die Stadt muss gegenüber dem Kanton mutiger werden und klare Forderungen stellen», meinte dagegen Umverkehr-Geschäftsführer Thomas Stahel. Grosses Potenzial sieht er beim Ausbau des Veloweg-Netzes. Zudem müsse beim Bau neuer Tramlinien durch flankierende Massnahmen wie bei der Zürcher Westumfahrung der Autoverkehr eingeschränkt werden. Neue Wohngebiete – etwa im Boom-

quartier Zürich-Affoltern – müssten laut Stahel ins Tramnetz eingebunden werden. Strassenneubauprojekte wie der Waidhaldetunnel seien nun «vom Tisch».

Das Abstimmungsergebnis ist für Stahel «ein weiterer Höhepunkt auf dem Siegeszug der Städte-Initiative.» Ähnliche Initiativen wurden in St.Gallen und Genf angenommen. In Luzern, Basel und Winterthur kamen unter dem Druck der Umverkehr-Städte-Initiativen abgeschwächte Gegenvorschläge zum Durchbruch. «Jetzt haben

wir erstmals gegen einen Gegenvorschlag gewonnen», freute sich Stahel. Sein Fazit: «Die Bevölkerung in den Städten wünscht, dass die Prioritäten nicht beim Auto liegen.»

Stadträtin Genner betonte, dass dies seit Jahren der Verkehrspolitik des Zürcher Stadtrats entspreche. Nur die 10-Prozent-Klausel sei innert zehn Jahren nicht realisierbar, weshalb sie im Gegenvorschlag fehlte. SVP-Fraktionschef Mauro Tuena meinte nach dem Ja zur Städte-Initiative: «Das Gewerbe wird leiden.»